

NEW S

Bulletin der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten

Magdalenenstr. 19, D - 10365 Berlin,
Phone +49 30 – 55 57 90 83 - 2, Fax +49 30 – 55 57 90 83 - 9
E-Mail: office@fir.at Internet: www.fir.at

Nr. 53

September 2019

Antikriegstag: 1. September 1939 - 2019 Abrüstung statt Aufrüstung – eine neue internationale Friedenspolitik ist nötig!

Aus Anlass des 80. Jahrestages der Überfalls Hitlerdeutschlands auf Polen am 1. September 1939, der den militärischen Beginn des Zweiten Weltkriegs markiert, ruft die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten zu Initiativen für eine neue internationale Friedenspolitik auf.

Wir erleben mit großer Sorge, dass besonders durch das Handeln der NATO und insbesondere der USA Errungenschaften der Entspannungspolitik vergangener Jahrzehnte zerstört werden. Die dauerhafte Stationierung von NATO-Kampfeinheiten nahe der russischen Westgrenze steht im Widerspruch zu den Vereinbarungen Anfang der 90er Jahre. Die Kündigung des INF-Vertrages durch die Trump-Administration und die Testreihe mit neuen Mittelstreckenraketen sind ein weiterer sichtbarer Ausdruck der Verschärfung internationaler Spannungen. Die Vereinten Nationen und ihre Institutionen werden nur noch „bei Bedarf“ zur Konfliktlösung in Betracht gezogen.

Im Mittleren und Nahen Osten versuchen sich die USA und ihre Verbündeten als „Weltpolizei“, die keinerlei Rücksicht auf die Souveränität der einzelnen Staaten nehmen. Selbst internationale Verträge werden einseitig gekündigt, wenn es den Interessen der USA zu dienen scheint. Dabei werden souveräne Staaten gedrängt, sich als „Erfüllungsgehilfen“ den Vorstellungen der US-Administration unterzuordnen, wie es am Beispiel der Beschlagnahme eines iranischen Tankers sichtbar wurde.

Solches Handeln wird mit einem vorgeblichen „Kampf gegen den Terrorismus“ legitimiert, erhöht aber faktisch die Gefahr militärischer Eskalation. In Lateinamerika werden gezielt militärische Drohszenarien aufgebaut, um die Politik eines „regime changes“ zu fördern. Aber auch in Europa haben wir auf dem Balkan und in der Ukraine militärische Konfliktfelder, die weit über die jeweiligen Regionen hinaus zu einem Flächenbrand werden können.

Die Überlebenden des zweiten Weltkrieges und die Kämpfer um die Befreiung ihrer Länder von der faschistischen Barbarei forderten 1945: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ . Sie wollten „eine neue Welt des Friedens und der Freiheit“. Dieses Vermächtnis muss heute mehr denn je mit Leben erfüllt werden.

Die FIR und ihre Mitgliedsverbände setzen sich daher für eine neue internationale Friedenspolitik ein. Dazu gehören insbesondere die Verpflichtung aller Staaten, statt neuer Waffensysteme und Aufrüstung durch internationale Vereinbarungen eine tatsächliche Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu schaffen.

Die Gefahr atomarer Waffensysteme kann durch die Unterstützung des von den Vereinten Nationen 2017 ausgehandelten Atomwaffenverbotsvertrags verringert werden.

Dem Völkerrecht und dem Recht der Souveränität von Staaten muss wieder Geltung verschafft werden.

Die politische Wirksamkeit der Vereinten Nationen muss wieder gestärkt werden, indem deutlicher als in den vergangenen Jahren Wege nicht-militärischer Konfliktlösungen unter der Kontrolle der UNO beschrritten werden.

Als „Botschafter des Friedens“ - ernannt von den Vereinten Nationen – appelliert die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten an Friedensinitiativen, Parteien, Gewerkschaften und Kritiker der Globalisierung, sich in Aktionen, Abstimmungen und Erklärungen für eine neue internationale Friedenspolitik einzusetzen. Die FIR ruft ihre Mitgliedsverbände dazu auf, sich mit ihren historischen Erfahrungen daran zu beteiligen.

Ordentlicher FIR-Kongress Ende November 2019

Wie im letzten Bulletin berichtet, wird der kommende reguläre FIR - Kongress in Italien stattfinden. Unterstützt von unseren Kameraden des ANPI wird der Kongress in **Reggio Emilia** durchgeführt. Es ist das Zentrum einer aus historischer Sicht sehr interessanten Region im Rahmen des Widerstandskampfes.

Das Datum ist auf den **29. November bis zum 1. Dezember 2019** festgelegt. Da die Eröffnung des Kongresses um 17:00 Uhr erfolgt, ist eine Anreise am Freitag möglich. Das Ende des offiziellen Programms ist auf Sonntag 13:00 Uhr festgelegt, so dass die Abreise am selben Tag möglich ist.

Reggio Emilia ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln von Bologna, Venedig und Mailand (Flughäfen) gut erreichbar. Alle Delegationen erhalten eine Beschreibung, wie sie die Stadt und den Treffpunkt erreichen können.

Der vorgeschlagene Zeitplan des Kongresses beginnt mit einer offiziellen Eröffnung am Freitag, den 29. November um 17:00 Uhr in einem repräsentativen Raum der Stadt. Am Abend planen wir eine kulturelle Veranstaltung in einer ehemaligen Kirche. Am Samstag, den 30. November, findet die Arbeitssitzung des Kongresses statt mit Aussprache über unsere Arbeit der letzten drei Jahre, die kommenden Aufgaben, Erklärungen und die Wahl unseres Leitungsorgans.

Während dieses Teils des Kongresses laden wir alle Mitgliedsverbände ein, Dokumente und Material ihrer eigenen Arbeit in einem „Markt der Möglichkeiten“ zu präsentieren. Wenn Sie Ihre Best-Practice-Beispiele präsentieren möchten, informieren Sie uns bitte im Voraus, damit wir für Sie einen Platz in der Lobby organisieren können.

Am Sonntagmorgen besuchen wir Casa Cervi (15 km nach Reggio Emilia). Die meisten von euch kennen die Geschichte und Tragödie der sieben Cervi-Söhne im italienischen Widerstand. Dort erhalten wir Informationen über die regionale Partisanenbewegung und die beeindruckende Geschichte der Region.

Mit Hilfe unserer Kameraden aus Reggio Emilia werden wir eine angemessene Unterkunft im Stadtzentrum haben. Für die Reservierung der Hotelkapazität müssen wir die Zimmer bis Anfang November 2019 bestätigen. Deshalb bitten wir alle Mitgliedsverbände, das Antragsformular - auch auf elektronischem Wege - bis Ende Oktober 2019 an unser Büro zu senden (Frist).

Die Mitgliedsverbände sind für die Übernahme der Kosten von Transport und Unterkunft verantwortlich. Wir hoffen, dass wir in der Region genügend Unterstützung und Sponsoring haben werden, so dass wir keinen weiteren Beitrag für den Kongress, das Essen und Programm von den Teilnehmenden benötigen.

Die Anzahl der stimmberechtigten Delegierten richtet sich nach unserer Finanzordnung („Alle Mitgliedsverbände, die ihren Mitgliedsbeitrag in den letzten zwei Jahren bezahlt haben, haben Stimmrecht.“). Natürlich können Sie auch weitere Gäste mitnehmen. Aufgrund der Anzahl der Zimmer teilen Sie uns bitte so schnell wie möglich die Anzahl der Delegierten und Gäste aus Ihrem Verband mit.

Um die Arbeit unserer Übersetzer zu erleichtern (wir werden eine Übersetzung in drei Sprachen: Englisch, Italienisch und Russisch haben), möchten wir alle Delegierten, die eine längere Intervention vorbereiten wollen, bitten, den Text vorab (spätestens am 15. November 2019) in einer dieser Sprachen einzureichen.

Via Memoria Mauthausen Ein Gedenkprojekt des Comité International de Mauthausen

Seit dem Sommer 2018 haben die Internationalen Lagergemeinschaften – unterstützt durch ANED – ihre praktische Zusammenarbeit intensiviert und in mittlerweile drei Treffen konkrete Überlegungen für zukunftsweisende Projekte entwickelt. Als ein praktisches Ergebnis stellte das Comité International de Mauthausen im Juli 2019 ein neues europäisches Gedenkprojekt vor. Die Idee bezieht sich auf die Kulturrouten des Europarates, die eine Einladung sind „zum Reisen und zur Entdeckung des reichen und vielfältigen Erbes Europas, indem Menschen und Orte in Netzwerken gemeinsamer Geschichte und gemeinsamen Erbes zusammengebracht werden. Sie setzen die Werte des Europarates in die Praxis um: Menschenrechte, kulturelle Vielfalt, interkultureller Dialog und gegenseitiger grenzüberschreitender Austausch.“ Bislang gibt es 38 solcher Kulturrouten des Europarates. Für das CIM gehört zu diesen Kulturrouten auch eine, die auf einem der schrecklichsten Verbrechen beruht, das während des NS-Regimes begangen wurde, nämlich die Negation der Menschenwürde durch Deportation, Zwangsarbeit und Völkermord.

Mauthausen war ein internationales Konzentrationslager (1938-1945) in dem Menschen aus ganz Europa - gegen ihren Willen – zusammengetrieben wurden und in dem die Vielfalt der Sprachen und Kulturen von den Häftlingen geschätzt wurde, die alle auf ihre Weise für ein neues, friedliches und solidarisches Europa gekämpft haben. Das Comité international de Mauthausen hat beschlossen, eine neue Kulturroute mit dem Namen VIA MEMORIA MAUTHAUSEN beim Europarat zur Zertifizierung einzureichen. Diese neue Route soll grenzüberschreitend sein, da in Mauthausen Menschen aus ganz Europa zusammengekommen sind. Mauthausen wird der zentrale Ort sein: Manche Häftlinge waren aus anderen Konzentrationslagern, andere aus ihrer Heimatstadt, aus Gefängnissen, oder aus Lagern für Zwangsarbeiter oder Kriegsgefangene nach Mauthausen gekommen.

Das Hauptziel dieser neuen Kulturroute besteht darin, die hierin verbundenen historischen Erfahrungen einer größeren Öffentlichkeit zugänglich zu machen: So sollen Orte, die aus zahlreichen europäischen Ländern nach Mauthausen führen, miteinander verbunden werden: aus Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien, Slowenien, Serbien, Polen oder Russland. Das Zentrum dieser europäischen Kulturroute wird in Österreich liegen und Mauthausen und die etwa 50 Außenlager sowie weitere historisch bedeutende Orte umfassen.

Das zweite Ziel wird sein, die Lebensgeschichten der Häftlinge zu erzählen: In diesem Projekt sollen Menschen von damals und heute miteinander verbunden werden. Es werden Lebensgeschichten und individuelle Biografien von Häftlingen erzählt. In den vergangenen Jahrzehnten sind viele Menschen bereits den Spuren dieser Routen gefolgt, jedoch bislang häufig ohne viel Information über die jeweiligen Standorte und ihre Verbindungen zueinander.

Als einen ersten Schritt zur Umsetzung dieser Europäischen Kulturroute hat das CIM folgende Routen von oder nach Mauthausen skizziert:

(1) Die Kernroute:

Die Kernroute befindet sich auf österreichischem Gebiet und beginnt/ endet in Mauthausen. Sie umfasst alle Außenlager des Mauthausen- und des Dachau-Systems auf österreichischem Boden, darunter Gusen, Ebensee, Melk, Loibl, Steyr, Schloss Hartheim usw. Einbezogen werden die zahlreichen Lager für Zwangsarbeiter*innen, die Lager der ungarischen Jüdinnen und Juden, die den Süd-Ost-Wall errichten mussten und viele weitere Orte.

(2) Die Nordostroute:

Diese Route führt von Moskau über Weißrussland, die Ukraine, das Baltikum, Polen (einschließlich Auschwitz) und die Tschechische Republik.

Die Verbindung nach Mauthausen ist dabei offenkundig. Dennoch sehen wir als FIR bei dieser Route größere Probleme. Wir dürfen nicht übersehen, dass insbesondere in den baltischen Republiken, in Polen und der Ukraine geschichtsrevisionistische Kräfte massiven Einfluss auf die gesellschaftliche Erinnerungspolitik nehmen.

(3) Die Südosttrouten:

Diese Route hat ihren Ausgangspunkt in Belgrad und verläuft in zwei verschiedenen Routen weiter: Eine führt von Belgrad über Kroatien (einschließlich Jasenovac) bis nach Slowenien. Die andere Route beginnt ebenfalls in Belgrad, führt über Novi Sad und Subotica weiter nach Ungarn (einschließlich Budapest) und über Wien nach Mauthausen.

(4) Die südlichen Routen:

Auch diese Routen bestehen aus zwei Abzweigungen nach Slowenien und nach Italien. Eine Route beginnt in Ljubljana (Slowenien) und führt am Loiblpass/ Ljubelj über die österreichische Grenze, wo sich das südlichste Außenlager von Mauthausen befand. Die zweite Route beginnt in Rom (Italien), verläuft über alle wichtigen Städte in Norditalien und über die ehemaligen Lager in Fossoli, Bozen und Trieste/ Risiera di San Sabba.

(5) Die Nordwesttrouten:

Die Nordwesttrouten sollen drei verschiedene Abzweigungen haben:

- Eine Route beginnt in Stuttgart und durchquert den süddeutschen Teil (einschließlich der ehemaligen Lager in Dachau und Flossenbürg) und erreicht die österreichische Grenze bei Passau, wo sich zwei Außenlager von Mauthausen befanden.

- Die zweite Route hat ihren Ausgangspunkt in Paris und durchquert Frankreich in mehreren Verlaufsrichtungen. Auf einer dieser möglichen Routen wird unter anderem das Schicksal der spanischen republikanischen Häftlinge behandelt, die in Südfrankreich nach ihrer erzwungenen Flucht aus Spanien inhaftiert waren.

- Die dritte Route hat ihren Ausgangspunkt in Holland (Vught/Bois-le-Duc, Westerbork) und durchquert Belgien (Breendonk, Kaserne Dossin, Malines), Luxemburg (Kloster Fünfbrunnen, Abtei Neumünster), Deutschland (Hinert, Dachau), Frankreich (Natzweiler-Struthof) bis nach Mauthausen.

In einem ersten Arbeitsschritt sollen dieser neuen Kulturroute mehr als 140 Standorte miteinander verbinden. Als „Work in Progress“ werden die Routen ständig erweitert werden.

Das CIM ist davon überzeugt, dass diese Via Memoria Mauthausen mit dem Aufbau eines Netzwerks aus vielen verschiedenen Routen als eine neue Kulturroute nach den Vorgaben des Europarates, eine wichtige Aufgabe für demokratische Bildung und Erinnerung übernimmt. Das CIM ist überzeugt, dass diejenigen Menschen, die sich auf den Via Memoria Mauthausen begeben, zukünftig noch mehr Wert darauf legen, in friedlichen, gerechten und integrativen Gesellschaften zu leben, in denen die Rechte und Würde aller geschützt sind.

Die FIR hat ihre Unterstützung für dieses ambitionierte Projekt bereits zugesagt und wird dem CIM die Gelegenheit geben, diese Idee auf dem FIR Kongress im November vorzustellen, sodass die Mitgliedsverbände der FIR sehen, welche Möglichkeiten sie haben, sich in die Gestaltung dieser Via Memoria Mauthausen einzubinden.

Ulrich Schneider

Basierend auf dem Material des CIM



Ein neuer Präsident des Europäischen Parlaments

Anfang Juli 2019 wurde der italienische Abgeordnete David Sassoli zum neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt. Nach seiner Wahl dankte er mit einer bemerkenswerten Rede, aus der der nachfolgende Auszug stammt:

„In den letzten Monaten haben zu viele Menschen Spaltungen und Konflikte geschürt, von denen wir dachten, sie seien längst Geschichte und gehörten zur Erinnerung an traurige Kapitel der Vergangenheit. Die Bürger aber haben gezeigt, dass sie immer noch an diesen außergewöhnlichen europäischen Weg glauben, an dieses Projekt Europa, das einzige, das uns in die Lage versetzt, die globalen Herausforderungen, vor denen wir stehen, zu meistern. ...

Die Europäische Union ist kein Zufall der Geschichte. Ich bin der Sohn eines Mannes, der im Alter von 20 Jahren gegen andere Europäer kämpfte, und einer Mutter, die selbst mit zwanzig Jahren ihr Zuhause verließ und in anderen Familien Zuflucht fand. Ich weiß, dass dies auch die Geschichte vieler Ihrer Familien ist. Und ich weiß auch, dass wir, wenn wir uns unsere gegenseitigen Geschichten bei einem Glas Bier oder Wein erzählen würden, niemals sagen würden, dass wir die Kinder oder Enkelkinder eines Zufalls in der Geschichte sind.

Aber wir würden sagen, dass unsere Geschichte verbunden ist über den Schmerz, über das Blut jener junger Briten, die an den Stränden der Normandie gefallen sind, über den Wunsch nach Freiheit von Sophie und Hans Scholl, über den Kampf für die Gerechtigkeit der Helden des Warschauer Ghettos, deren Einsatz mit Panzern blutig unterdrückt wurde.

Unsere Geschichte ist verbunden mit dem Wunsch nach Brüderlichkeit, damit wir jedes Mal, wenn unser moralisches Gewissen es erfordert, wir unsere Menschlichkeit nicht aufgeben und Gehorsam nicht als eine Tugend ansehen.

Wir sind kein Zufall der Geschichte, sondern die Kinder und Enkelkinder derer, denen es gelungen ist, ein Gegenmittel gegen jene nationalistische Degeneration zu finden, die unsere Geschichte vergiftet hat. Wenn wir Europäer sind, dann auch, weil wir unsere Länder lieben. Aber der Nationalismus, der zu einer Ideologie und Götzendienst wird, produziert Viren, die Überlegenheitsinstinkte stimulieren und destruktive Konflikte erzeugen.“



Aufruf von Auschwitz

anlässlich des 75. Jahrestages des 2. August 1944, dem Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma, 2. August 2019

Heute vor 75 Jahren wurden die letzten 4.300 noch in Auschwitz-Birkenau lebenden Sinti und Roma in den Gaskammern ermordet. Auschwitz symbolisiert den Holocaust an den 500.000 Sinti und Roma ebenso wie an den sechs Millionen Juden in Europa. Auschwitz ist das Gewissen der Wertegemeinschaft demokratischer Staaten.

Erstmals appellieren die Repräsentanten der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und der Bürgerrechtsbewegung der deutschen Sinti und Roma und der vielen Roma-Organisationen in Europa gemeinsam von diesem Ort aus an die Regierungen der Weltgemeinschaft und an die überstaatlichen Organisationen, jede Form von Rassismus, Antiziganismus und Antisemitismus konsequent zu bekämpfen.

Wir fordern die Parlamentarier in den nationalen Parlamenten, im Europäischen Parlament und den parlamentarischen Versammlungen der internationalen Organisationen auf, eine interparlamentarische Koalition gegen Antiziganismus zu schließen, um der Ursache von Flucht und Ausgrenzung entgegenzutreten.

Gemeinsam fordern wir politische und soziale Gerechtigkeit und damit Würde für alle unsere Menschen. Wir fordern von der Staatengemeinschaft die tatsächliche Anerkennung von Minderheitenrechten, die umgesetzt werden müssen im Zugang zu Bildung und Arbeit, zu Wohnen und Gesundheit.

Sinti und Roma brauchen in Europa ein Museum der Geschichte von Sinti und Roma, so wie es in den Vereinigten Staaten das Nationale Museum der Afrikanisch Amerikanischen Geschichte und Kultur gibt.

Wir alle müssen das Vermächtnis der Millionen Opfer aufnehmen, wir alle müssen die moralischen und ethischen Werte unserer Demokratie immer wieder neu ins Zentrum unsres Handelns stellen und wir müssen gemeinsam und weltweit für Demokratie und Rechtsstaat, für unsere humanen Werte, eintreten.

Erstunterzeichner
Reverend Jesse L. Jackson Sen., Rainbow/PUSH Coalition
Romani Rose, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
Roman Kwiatkowski, Verein der Roma in Polen

Die FIR begrüßt diesen Appell als wichtigen Beitrag gegen alle Formen des Antiziganismus und der rassistischen Diskriminierung und sagt den Initiatoren ihre volle Unterstützung zu. Auch diese Initiative wird inhaltlicher Bestandteil der Vorbereitung des internationalen Jugendprojektes „Zug der Tausend“ im Mai 2020.

Problematische geschichtspolitische Erinnerung in Polen

Der Bezug auf die polnische Geschichte ist ein zentrales Thema des gegenwärtigen Wahlkampfes im Land. Es werden Gedenkfeiern für den oberschlesischen Aufstand vor 100 Jahren organisiert, die Erinnerung an den Warschauer Aufstand mit öffentlichen Veranstaltungen begangen und große Feiern für den 1. September 2019, den 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen vorbereitet.

Dass diese Gedenkveranstaltungen nicht nur eine historische Dimension haben, sondern mit den geschichtspolitischen Vorstellungen der gegenwärtigen polnischen Regierung in Einklang stehen sollen, musste bereits der Leiter des Museum des Zweiten Weltkriegs in Gdansk erleben. Kurz nach der Eröffnung des Museums im Frühjahr 2017 wurde die Gründungsdirektion von der polnischen PiS-Regierung durch eine neue, politisch genehme Crew ersetzt. Diese ließ inhaltliche Veränderungen vornehmen, die ein heroischeres Bild Polens zeichnen als im bisherigen Konzept.

Auch die Erinnerung an den Warschauer Aufstand der Armia Krajowa (AK= Heimatarmee) vom 1. August 1944 war in diesem Jahr im besonderen Maße überlagert durch geschichtspolitische Setzungen.

Bekanntermaßen begannen die polnischen Kämpfer den Aufstand ohne Absprache mit den sowjetischen Streitkräften, die noch auf der östlichen Weichelseite gebunden waren. Ziel der Kämpfer der AK war es, die Stadt Warschau vor den heranrückenden Einheiten der roten Armee zu befreien und daraus einen Machtanspruch für die zukünftige Gestaltung Polens abzuleiten. Den deutschen faschistischen Einheiten gelang es, einen militärischen Gürtel aus starken SS-Einheiten zwischen den aufständischen Kräften in der Stadt und den Truppen der Roten Armee zu legen.

Der Widerstand der AK gegen die militärische Übermacht der deutschen Einheiten war heroisch, letztlich jedoch nicht erfolgreich. Am 3. Oktober 1944 mussten die Einheiten der AK kapitulieren. Die Bilanz ist erschreckend: Mindestens 15.000 Kämpfer der AK kamen ums Leben. Durch Granatenbeschuss, Bombardierung und Strafkolonnen der deutschen Truppen nach der Kapitulation wurden über 100.000 Zivilisten ermordet, die Stadt selber fast vollständig zerstört.

Statt selbstkritisch über Heroismus und Realität der Frontlage nachzudenken, macht die polnische Regierung die Sowjetunion (und gleichzeitig indirekt Russland) verantwortlich für die Niederlage der AK. Dies ist nur der sichtbare Ausdruck einer geschichtspolitischen Haltung, die die Befreiung des Landes durch die Rote Armee seit Jahren in Frage stellt. So trat am 21. Oktober 2017 ein Gesetz in Kraft, das den Abriss sowjetischer Denkmäler in Polen erlaubt. Zuvor hatte das polnische Oberhaus entsprechende Änderungen des Verbots kommunistischer und anderer totalitärer Propaganda in den Namen von Gebäuden, Objekten und Räumen des öffentlichen Gebrauchs vorgelegt. Das Polnische Institut für das Nationale Gedächtnis hat eine Liste von 75 sowjetischen Denkmälern vorbereitet, deren Abriss empfohlen wird. Damit wird das Andenken an die mehr als 600.000 Soldaten und Offiziere der Roten Armee geschändet, die bei den Kämpfen für die Befreiung Polens von der Nazi-Besatzung ums Leben kamen.

Den aktuellen Höhepunkt der Geschichtsrevision liefern die Vorbereitungen der Gedenkfeiern zum 80. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs. Hierzu hat die polnische Regierung ausgerechnet Deutschland und nicht Russland eingeladen. Neben der deutschen Bundeskanzlerin erging eine Einladung auch an den US-Präsident Donald Trump und den ukrainische Präsident, Wladimir Selenski. Die faktische Ausladung Russlands bei der Gedenkfeier begründete Warschau mit der „Verletzung des Völkerrechts im Jahr 1939“, als sowjetische Einheiten nach der Flucht der polnischen Regierung nach Großbritannien am 17. September 1939 in der Westukraine und in Westweißrussland einmarschierten. Dass diese Territorien Polen während des Sowjetisch-Polnischen Krieges von 1919 bis 1920 erobert hatte, wird in der Erklärung nicht erwähnt.

Als einen weiteren Grund Russland nicht einzuladen nannte der stellvertretende polnische Ministerpräsident Jacek Sasin die aktuelle militärpolitische Frontstellung: „Es wäre unangemessen, den Jahrestag der bewaffneten Aggression gegen Polen mit der Beteiligung des Führers zu feiern, der heute in Bezug auf den Nachbarn auf dieselbe Weise handelt“. Dabei „vergisst“ er, dass es die polnische Regierung ist, die durch die Aufforderung zur Stationierung von US- und NATO-Kampftrouppen an der polnischen Ostgrenze die militärpolitischen Spannungen verschärft.

Die FIR verurteilt solche politische Instrumentalisierung der Erinnerung und warnt vor allen Formen staatlicher Geschichtsverfälschung, die eng verbunden sind mit politischen Spannungen in Mitteleuropa.

Ulrich Schneider

Franzosen befreien Paris am 25. August 1944 von der deutschen Besatzung

Eines der wichtigsten historischen Ereignisse im französischen Alltagsbewusstsein ist ohne Zweifel die Befreiung der französischen Hauptstadt am 25. August 1944 durch französische Einheiten und die Résistance.

Eine militärische Voraussetzung dafür war die Landung der Westalliierten in der Normandie am 6. Juni 1944. Dies führte nicht nur zum Aufschwung des bewaffneten Widerstandskampfes in Frankreich, sondern – als blutige Reaktion der deutschen Okkupanten – zu Massenkriegen an der Zivilbevölkerung. Dabei tat sich besonders die SS-Division „Das Reich“ unter Brigadeführer Heinz Lammerding hervor, die am 9. Juni 1944 in der Stadt Tulle ein Massaker mit annähernd 100 Toten unter den Zivilisten anrichten ließ und deren Einheiten am darauffolgenden Tag das Massaker an der Bevölkerung des Ortes Oradour-sur-Glane zu verantworten hatten. Der Ort wurde am 10. Juni 1944 zerstört, nur wenigen Einwohnern gelang die Flucht. Insgesamt wurden 642 Männer, Frauen, Greise, Kinder, ja sogar Babys erschossen, durch Handgranaten zerfetzt oder bei lebendigen Leib verbrannt.

Doch solcher Terror konnte den Widerstandswillen der Franzosen nicht brechen. Sichtbar wurde die veränderte politische Situation für die deutschen Besatzer am 14. Juli 1944, dem Nationalfeiertag, als sich etwa 35.000 Franzosen in mehreren Stadtteilen von Paris – trotz aller Verbote – öffentlich versammelten. Jetzt wurde es auch in den Betrieben möglich, offen zum Widerstand gegen die Besatzung aufzurufen. Mitte August 1944 begannen Streikaktionen in wichtigen Pariser Betrieben und Versorgungseinrichtungen. Diese nahmen innerhalb von Tagen eine solche Dynamik an, dass am 19. August ein „Comité Parisien de Libération“ (Pariser Befreiungskomitee) zum Generalstreik aufrief, der tatsächlich die gesamte Versorgung der Hauptstadt – und damit natürlich auch der deutschen Einrichtungen und Institutionen – lahm legte.

Damit war die Situation aber noch nicht entschieden. Anfang August hatte der – nach dem Scheitern der „Walküre“- Aktion des 20. Juli 1944 – neu eingesetzte Stadtkommandant von Groß-Paris Dietrich von Choltitz von Hitler persönlich den Befehl erhalten, die Stadt um jeden Preis zu halten. Dazu sollten Brücken und andere strategische Einrichtungen zerstört werden, um den alliierten Vormarsch zu stoppen. Vor dem Hintergrund der zunehmenden bewaffneten Übergriffe der Résistance und des Marquis hatte der Oberkommandierende an der Westfront General Gerd von Rundstedt, den Befehl erteilt, alle Partisanen, die in die Hände der Wehrmacht fallen, sofort zu erschießen. So wurden am 17. August 1944 am Wasserfall des Bois de Boulogne 35 Résistance-Kämpfer erschossen, sieben andere vor dem Sitz der Gestapo in der Rue Leroux, 26 in der Festung von Vincennes. Aber die Breite des Widerstands und die Verankerung der Kämpfer der Résistance in der Bevölkerung hätte zur Folge gehabt, dass die deutschen Besatzer die Stadt in einem Häuserkampf, wie er zu diesem Zeitpunkt gerade in aller Brutalität in Warschau ablief, hätten zurückerobern müssen. Dazu fehlte der deutschen Armeeführung jedoch die Bereitschaft, obwohl in der Stadt noch 20 000 Wehrmachtssoldaten stationiert und zur Unterstützung weitere 20 000 Mann der Waffen-SS Einheiten angekündigt waren. Doch eine militärische Unterstützung wäre nur zu Lasten der Kämpfe gegen die vorrückenden amerikanischen und britischen Truppen möglich gewesen.

In dieser Situation befahl Oberst Henri Rol-Tanguy, Kommunist und ehemaliger Offizier der Internationalen Brigaden in Spanien, Oberkommandierender der Streitkräfte der Résistance (FFI) in der Pariser Region, am 20. August von seinem Hauptquartier in den Katakomben von Paris aus die Generalmobilisierung. Die Widerstandskämpfer riefen die Bewohner von Paris auf, alle wichtigen Straßen der Stadt mit Barrikaden zu sperren, um die Bewegungsfähigkeit der deutschen Panzer zu behindern. An zentralen Punkten der Stadt positionierten sich bewaffnete Gruppen, um diese Barrikaden gegen mögliche Angriffe zu verteidigen.

Die Kampfaktionen mit den deutschen Einheiten in der Stadt endeten, als General Leclerc mit französischen Panzerkräften den Widerstandskämpfern in Paris zu Hilfe kam. Daraufhin kapitulierte von Choltitz am 25. August. Die Kapitulationsurkunde trägt die Unterschriften von General Leclerc und des Kommandanten der F.F.I. Oberst Rol-Tanguy.

Am folgenden Tag fand es auf dem Champs Élysées eine eindrucksvolle Siegesparade statt, an der auch General de Gaulle teilnahm.

Mit der Befreiung der französischen Hauptstadt war zwar der Krieg in Frankreich noch nicht beendet, das Elsass wurde beispielsweise erst im Februar 1945 befreit und die letzten deutschen Bastionen an der Atlantikküste kapitulierten erst am 8. Mai 1945. Aber dieser Sieg war von großer moralischer Bedeutung. Franzosen hatten Paris selbst von der deutschen Besatzung befreit.

Ulrich Schneider



75 Jahre Massaker von Distomo

Am 10. Juni 2019 jährte sich das Massaker in Distomo zum 75. Mal. Das war auch in diesem Jahr Anlass für Gedenkveranstaltungen und politische Aktivitäten für die Entschädigungsforderungen der Opfer und Hinterbliebenen der Ermordeten.

Eine Gruppe deutscher Antifaschisten war zu den Gedenkveranstaltungen angereist und präsentierte am Vortag im touristischen Zentrum von Delphi mit einem Transparent und Flugblättern die Entschädigungsforderungen.

Im Gespräch mit den politischen Gremien der Stadt Distomo warben sie für das Projekt eines antifaschistischen Netzwerks der Märtyrerstädte, das aus Sant` Anna di Stazema stammt. Dazu sollten auch die griechischen Märtyrerstädte gewonnen werden, die sich traditionell am Vorabend des Distomo-Tages treffen. Da politische Differenzen in den vergangenen Monaten diese Kooperation überlagerten, wird sich dieser Zusammenschluss neu finden müssen. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben, da alle politischen Kräfte der Linken und der konservativen Nea Dimokratia (ND) an dieser Frage eine erkennbare Übereinstimmung haben.

Am 10. Juni 2019 versammelten sich morgens die Einwohner Distomos und zahlreiche Antifaschisten, die das Anliegen unterstützten, am oberen Dorfplatz. Die Zeremonie begann mit einem Gottesdienst, es folgte der Zug zur Gedenkstätte, die Kranzniederlegung und die Verlesung der Namen und des Alters der Opfer des Massakers.

In diesem Jahr gab es keinen Streit darum, ob der stellvertretende Botschafter Deutschlands dort einen Kranz niederlegen dürfe. Stattdessen wurde im in aller Deutlichkeit die Forderung nach Entschädigung präsentiert. Anfang Juni 2019 hatte die griechische Regierung eine Verbalnote an Deutschland übermittelt und die Bundesregierung aufgefordert, Verhandlungen über Reparationen aus dem II. Weltkrieg zu führen. Der Bericht eines griechischen Parlamentsausschuss bezifferte die Reparationshöhe auf 270 Milliarden Euro. Dieser Bericht war Grundlage eines Parlamentsbeschluss, auch mit den Stimmen der ND, die heute die Regierung in Griechenland stellt, der die Zahlung der Reparationen von Deutschland an Griechenland fordert. Auch wenn von deutscher Seite alle Anliegen kategorisch abgelehnt werden, sind die Verbrechen und das bis heute andauernde Unrecht in der Öffentlichkeit thematisiert worden.

Im Mai 2019 wurde der neue Bürgermeister von Distomo Ioannis Stathas gewählt. Er wird im September 2019 vereidigt.

Iannis Stathas hat seit vielen Jahren die Forderungen für Entschädigungen und Reparationen unterstützt. Als Bürgermeister wird er auch zukünftig die Forderungen unterstützen und öffentlich auf die Verbrechen und den Skandal der verweigerter Entschädigung aufmerksam machen.

Basierend auf einem Bericht der Gruppe AK Distomo Hamburg



Unterstützt die politische Arbeit der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten!

Die politische Arbeit einer internationalen antifaschistischen Organisation erfordert große Mittel. Da es für solch zivilgesellschaftliches Handeln keine staatlichen oder institutionellen Förderungen gibt, ist die Organisation auf Beiträge und Spenden angewiesen. Spenden sind in Deutschland steuerabzugsfähig.

Bankverbindung: Postbank Berlin, Kontoinhaber: FIR

Beiträge und Spenden bitte nur mit

IBAN DE 04 1001 0010 0543 0541 07 SWIFT-BIC: PBNKDEFF

Protest gegen italienische Flüchtlingspolitik

Rund 250 Menschen demonstrierten Anfang Juli im Frankfurter Westend vor dem italienischen Konsulat gegen die Festnahme der Kapitänin des Rettungsschiffs „Sea Watch 3“ Carola Rackete. Aufgerufen zu dem Protest hatten Pro Asyl und der hessische Flüchtlingsrat. „Wir akzeptieren nicht, dass Seenotrettung kriminalisiert wird“, sagte der Leiter der Europa-Abteilung von Pro Asyl.

Die 31-jährige Rackete wurde festgenommen weil sie trotz Verbotes durch das italienische Innenministerium mit 40 Flüchtlingen an Bord den italienischen Hafen Lampedusa angelaufen hatte. Die Demonstranten protestierten dagegen, dass der italienische Innenminister Matteo Salvini die italienischen Häfen für Seenotrettungs-NGOs gesperrt hatte. Sie nannten es eine „tödliche Abschottungspolitik“. Gleichzeitig forderten die Demonstranten, dass auch Deutschland seiner Verantwortung für die Aufnahme der Flüchtlinge nachkommt. So erklärte der Vertreter des hessischen Flüchtlingsrats. „Wir fordern nicht nur etwas von Italien, nicht nur von der italienischen Regierung, sondern auch von der Europäischen Union und der hessischen Landesregierung.“

Bild © Peter Jülich



Neofaschismus in den USA

Das Thema Rassismus und Neofaschismus hat auch in den USA „Hochkonjunktur“. Es sind nicht nur historische Aufnahmen von weißen Amerikanern, die gewalttätig gegen Farbige vorgehen, Inszenierungen der Ku-Klux-Klan-Bewegung mit ihren weißen Kutten und der mehr als symbolischen Verbrennung von Holzkreuzen, das Auftreten von WASPs (White Anglo-Saxon Protestant („weißer angelsächsischer Protestant“), die sich als amerikanische „Elite“ verstehen, die dieses Bild hervorrufen. Erschreckend sind ebenfalls die Bilder von amerikanischen Neonazis, die offen mit Hakenkreuz-Fahnen und SS-Runen durch die Straßen marschieren und deren Aufmärsche von amerikanischen Polizisten gegen demokratische Protestaktionen geschützt werden. Und wenn man die Bilder der Polizisten sieht, kann man sich nicht wirklich sicher sein, ob die Polizisten den Aufmarsch nur pflichtgemäß schützen oder ob sie sich nicht selber als Teil dieser faschistischen Kräfte verstehen. Wie tief das rassistische und neofaschistische Denken in den Köpfen der Sicherheitskräfte verankert ist, konnte man vor wenigen Wochen bildlich erleben, als zwei weiße Polizisten zu Pferde einen festgenommenen Farbigen mit einem Strick hinter sich herziehend zur Wache schleppten. Bilder aus der Zeit der Sklaverei in den Südstaaten wurden selbst in der US-amerikanischen Öffentlichkeit wach.

Aber es sind aber nicht allein Aufmärsche, sondern eine zunehmende Gewaltbereitschaft, die sich in erschreckenden Bluttaten ausdrückt. Amerikanische Neonazis sind dabei Teil eines rassistischen Mainstreams, der in den vergangenen Jahren mehrfach Massenmörder hervorgebracht hat, wie Anfang August bei dem Massaker gegen mexikanische Einwanderer in El Paso durch einen weißen Texaner. Laut Medienberichten hat der 21-jährige Täter, kurz bevor er in einer Walmart-Filiale in der texanischen Grenzstadt um sich schoss und dabei 22 Menschen tötete, im Internet ein Manifest veröffentlicht, in dem gegen Einwanderer aus Lateinamerika gehetzt, vor einer „hispanischen Invasion von Texas“ gewarnt und ein Angriff angekündigt wurde. Zudem hat der Sheriff von El Paso, der den Attentäter befragt hat, in seinen Äußerungen keinen Zweifel daran gelassen, dass nach seinen Erkenntnissen hinter der Tat ein politisches, rassistisches Motiv steht. Der Angreifer habe Mexikaner töten wollen. Nach jetzigem Stand stufen die Ermittler den Angriff in El Paso daher als „rechtsradikal motivierten Terroranschlag“ ein.

Zudem sollte nicht vergessen werden, dass das Massaker in El Paso die dritte große Gewalttat eines weißen Neofaschisten in den USA binnen eines Jahres darstellt. Im Herbst 2018 und im Frühjahr 2019 hatten extrem rechte Gewalttäter Synagogen in Pennsylvania und Kalifornien attackiert - weil es, so ihre krude Rechtfertigung, ein jüdischer Plan sei, die Weißen in Amerika durch Einwanderer zu verdrängen.

Dass sich solche Gewalt nicht nur gegen Migranten und jüdische Einrichtungen richtet, mussten amerikanische Antifaschisten schon 2017 blutig erleben, als in Charlottesville (Virginia) bei Protesten gegen einen gewalttätigen Aufmarsch der Rechten ein Anhänger der Neonazis mit seinem Auto in eine Gruppe von Demonstranten raste, wobei eine junge Frau getötet wurde.

Diese Gewalttaten sind nur der brutale Ausdruck einer gesellschaftlichen Situation, die von einer Vielzahl von „hate groups“, wie es in den USA genannt wird, geprägt wird. Die zivilgesellschaftliche Organisation „Southern Poverty Law Center“ (SPLC), die seit 20 Jahren die extrem rechte Szene in den USA verfolgt, listet in ihrem Jahresbericht für 2018 über 1000 aktive „hate groups“ auf. Darunter befinden sich Ku Klux Klan (51), Neonazis (112), weiße Nationalisten (148), rassistische Skinheads (63), fundamentalistische Evangelikale (17), Anhänger der Südstaaten-Konföderation (36), schwarze Nationalisten (264), Feinde jeglicher Einwanderung (17), LGBT-Gegner (49), Anti-Muslime (100), und andere Hass-Gruppen (163, wozu neofaschistische Musikgruppen, Holocaust-Leugner, völkische Gruppen und extrem religiöse Gruppen gezählt werden).

Während man in den USA nun erkennbar jeden Grund hätte, gegen die gewalttätigen amerikanischen Neonazis mit Justiz und Polizei vorzugehen, gilt auch dort das Feindbild Antifaschismus. Als parallel zu dem Massaker in El Paso eine Mordaktion in Dayton passierte, deren Hintergründe noch unklar sind, verbreiteten die Breitbart-Medien ihre Spekulation, dass der Mörder ein „Antifa-Aktivist“ sei. Zwar ließ sich das nicht bestätigen, aber das Feindbild stimmte wieder. Auch US-Präsident Trump, der für seine kruden Ansichten und seine verkürzten Twitter-Statements berüchtigt ist, hat beides kürzlich gegenüber der antifaschistischen Bewegung geäußert. Im Wahlkampf nannte er – laut Medienberichten – antifaschistische Aktivisten „kranke, schlimme“ Menschen. Und auf einer seiner vielen Twitter-Nachrichten wollte er die Antifa-Bewegung in den USA als terroristische Organisation einstufen.

Er folgte damit seinen republikanischen Parteifreunden, den Senatoren Ted Cruz und Bill Cassidy, die die Antifa-Bewegung als inländische Terrororganisationen eingestuft möchten, da diese angeblich den konservativen Journalisten Andy Ngo angegriffen und verletzt hätten. Was die republikanischen Senatoren nicht erwähnten, ist, dass sich der Vorfall bei einem Aufmarsch der neofaschistischen „Proud Boys“ und „Patriot Prayer“ abspielte, wo der Journalist zwischen die Fronten der angreifenden Neonazis und der sich verteidigenden Rose City Antifa geriet.

Mit den „Proud Boys“ entwickelt sich übrigens seit drei Jahren ein Versuch, verschiedene Richtungen der „hate groups“ mit Ideologiezentren und den „alt-right“-Bewegung zu vernetzen. Ein Ausdruck davon war die „Unite the Right“-Demonstration 2017 in Charlottesville, bei der eine antifaschistische Demonstrantin getötet wurde.

Ulrich Schneider

Antifaschistische Gedenkort

Die Mahn- und Gedenkstätte Karlshagen wurde errichtet zur Erinnerung an die Opfer des Faschismus auf der Insel Usedom und an das Schicksal der KZ-Häftlinge, die in Peenemünde in den KZ-Außenlagern Karlshagen I und Karlshagen II interniert waren.

In diesen Außenlagern des Konzentrationslagers Ravensbrück waren Gefangene eingesperrt, die zur Zwangsarbeit in der Heeresversuchsanstalt Peenemünde eingesetzt wurden.

Gestaltet wurde die dreiteilige Mosaikwand 1969 vom Usedomer Künstler Klaus Rößler. Eingeweiht wurde die heutige Mahn- und Gedenkstätte Karlshagen am 8. Mai 1970, dem 25. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg durch die DDR.



MEASZ gedenkt Endre Ságvári

Vor 75 Jahren tötete die ungarische Polizei am 27. Juli 1944 den berühmten Antifaschisten Endre Ságvári. MEASZ gedachte dieses ungarischen Anwalts, Kommunisten und antifaschistischen Aktivisten.

Ságvári wurde am 4. November 1913 in einer jüdischen Familie in Budapest geboren. Schon als Student interessierte er sich für den Marxismus und trat 1936 der Sozialdemokratischen Partei Ungarns (MSZDP) bei. Er wurde Leiter des All Hungarian Youth Committee (AYC). Im folgenden Jahr wurde er wegen seiner revolutionären Aktivitäten zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. 1940 verließ er die MSZDP für die damals illegale Ungarische Kommunistische Partei (MKP). Seit den 1930er Jahren organisierte und beteiligte sich Ságvári an Anti-Kriegs-Demonstrationen in Budapest. Im März 1942 wurde er gezwungen, in den Untergrund zu gehen. 1944 gab er „Béke és szabadság“ heraus, die illegale Zeitung der Friedenspartei.

Ságvári wurde von den Behörden aufgespürt, und am 27. Juli 1944 war er von vier Gendarmen in einem Café in Budapest umgeben. Nachdem er seine Waffe auf die Gendarmen gezogen und drei von ihnen verwundet hatte, wurde er erschossen.

Bereits mehrfach wurden die Gedenkstätten für Endre Ságvári zerstört. Aber MEASZ bringt die Erinnerung weiterhin an die Öffentlichkeit.



Wer kennt das Schicksal von Verfolgten im Gefängnis München-Stadelheim?

Uns erreichte folgende Anfrage, die wir gerne veröffentlichen:

Gefängnis München-Stadelheim war ab 1942 die Vollzugsstätte der Todesstrafe für das südöstliche Reichsgebiet und für Teile der besetzten Gebiete. Die Zahl der vollzogenen Todesurteile liegt weit über 1000.

Anlässlich der geplanten Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten NS-Opfer vor der JVA München-Stadelheim und der Erinnerungsarbeit der Stadt München bin ich, Angehörige der „Zweiten Generation“, auf der Suche nach Angehörigen von in Stadelheim inhaftierten und hingerichteten Verwandten in Österreich, Polen, Tschechien, Slowakei, Frankreich .

Nachrichten bitte an Heidi Delbeck,
Kontakt über E-Mail: Delbeck8@t-online.de

Ertragreiche Begegnung mit französischen Kameraden

Mitte Juli trafen sich im Büro der VVN-BdA und der FIR der Chefredakteur und weitere Vertreter der Redaktion der französischen Zeitung „Patriote Résistant“ mit dem Generalsekretär der FIR, der Vorsitzenden der VVN-BdA Conny Kerth und Florian Gutsche, Leitungsmittglied der VVN-BdA zu einem Erfahrungsaustausch.

Das Treffen fand auf Initiative der französischen Kameraden statt, die sich für die politische Arbeit der FIR und der deutschen Mitgliedsorganisation sowie die Möglichkeiten eines internationalen Meinungsaustauschs interessierten. In dem Gespräch ging es zuerst um die Arbeit der Zeitungen und deren redaktionellen Konzepte, wobei die deutsche „Antifa“ zuerst eine Mitgliederzeitschrift ist, während der „Patriote Résistant“ eine Abonnenten -Zeitung ist, die jedoch vor allem durch die Mitglieder der FNDIRP getragen wird.

In dem Gespräch wurde deutlich, wie die beiden Zeitungen, ebenso wie die Organisationen auf die unterschiedlichen politischen Debatten in den jeweiligen Ländern reagieren. Für die deutsche Organisation erläuterte Conny Kerth insbesondere den Schwerpunkt der politischen Arbeit gegen den Vormarsch der politischen Rechten in Form der AfD und die Verbindung der VVN-BdA mit antirassistischen Initiativen. Am Beispiel von „Aufstehen gegen Rassismus“ und anderen politischen Auseinandersetzungen in der BRD konnte deutlich gemacht werden, in welchen Formen sich die politischen Aktivisten der extremen Rechten und der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung entgegenstellen.

Der Generalsekretär der FIR beschrieb in knappen Worten den aktuellen Stand der Arbeit der FIR und erinnerte gleichzeitig an die wichtigen Beiträge, die Vertreter der FNDIRP, wie z.B. Federic-Henry Manhes oder Alixe Lhote als Repräsentanten und in den Reihen der FIR gespielt haben. Er appellierte an die französische Organisation, wieder als aktive Mitstreiter in die FIR zurückzukehren. Als Beispiel für die Arbeit mit der Jugend im Sinne des antifaschistischen Vermächtnisses präsentierte er das Projekt „Train des Milles“, bei dem 2020, wie schon 2012 und 2015, etwa 1000 Jugendliche aus ganz Europa vom 5.-10. Mai die Gedenkstätte Auschwitz besuchen werden. Auch französische Jugendliche sind eingeladen, an dieser gedenkpolitischen Aktion teilzunehmen.



Zum Abschluss wurden Verabredungen zum Austausch von Informationen und Materialien für die Zeitungen getroffen. Auf diese Weise soll auch für die Mitglieder der Organisationen dieser Erfahrungsaustausch fruchtbar werden.

U. Schneider

Vilmos Hanti auf dem SZPB - Kongress



Der Kongress der slowakischen antifaschistischen Allianz fand in Poprádon statt.

Im Namen der FIR und persönlich habe ich die Teilnehmer begrüßt und dem 80-jährigen Präsidenten Pavol Seckar die FIR-Medaille überreicht.

In meiner Rede habe ich hervorgehoben, dass ich aus Budapest bin. Sowohl die ungarischen, als auch die slowakische Rechtsextremen wollen Hass zwischen den beiden Völkern schaffen. Nur auf der Basis der antifaschistischen Werte können wir die Freundschaft zwischen beiden Ländern stärken.

Zwischen den beiden Organisationen waren die regionalen, Nachbarschaftsbeziehungen in den letzten vier Jahren tief. Ich wünsche Ihnen Erfolg für weitere Jahre, in denen sie die humanistische Idee repräsentieren.

KZ-Fotograf Viertelböck „Eine andere Form der Erinnerung“

Der Münchner Fotograf Viertelböck hat sich vorgenommen, alle Konzentrationslager der Nazis in Europa zu fotografieren. Gut 350 hat er bereits. In einem Gespräch mit dem Journalisten Kai Spanke erklärt er, wie er auf die Idee für das Projekt gekommen ist.

Herr Viertelböck, wie sind Sie auf die Idee für die Serie „Strukturen der Vernichtung“ gekommen?

Am Beginn der Überlegungen standen nur die großen Lager. Ich habe im Jahr 2012 Auschwitz als Teil einer anderen Arbeit fotografiert und drei Jahre später ein Buch über München gemacht, in dem auch Dachau berücksichtigt wird. Ein Jahr später hatte ich in Flossenbürg und Theresienstadt fotografiert. Und als ich die Bilder, die aus einer erhöhten Perspektive entstanden sind, nebeneinander sah, erkannte ich, dass man so erst die Dimension der Lager erkennt. Überdies war der Holocaust schon immer ein großes Thema für mich.

Welche Lager haben Sie bereits fotografiert?

Ich habe alles fotografiert, was man landläufig kennt, also die etwa 30 großen Lager, wobei sich darunter auch Komplexe befinden, etwa die Emslandlager, die für sich schon aus 15 Einheiten bestehen. An einem bestimmten Punkt der Arbeit, als ich die ersten Reisen hinter mir hatte, trat das Netz der Außenlager für mich überhaupt erst sichtbar in Erscheinung. Von da an entwickelte sich das Vorhaben tatsächlich zu einem Mammutprojekt.

Was genau ist ein Außenlager?

Jedes Stammlager hatte zwischen 40 und 160 Außenlager. Die Häftlinge wurden von 1943 an immer häufiger in der Rüstungsproduktion eingespannt und von den Stammlagern gleichsam administrativ verschoben. Die kamen zur Firma XY, arbeiteten dort bis zur völligen Entkräftung, gingen zurück ins Stammlager und wurden durch neue Häftlinge ersetzt. Die Firmen zahlten dafür Geld an die SS, die wiederum die Bewachung übernahm.

Wie viele Außenlager befanden sich in Europa?

Etwa 1600, von denen man zwischen 1000 und 1200 noch verorten kann. Bei einigen lässt sich heute nicht mehr bestimmen, wo sie waren. Der zentrale Punkt meiner Arbeit ist es, die großen Lager als Spinnen im Netz zu verstehen und dieses Netz, welches geographisch, aber auch soziologisch in den letzten Winkel der Gesellschaft hineinreichte, zu zeigen. So wird auch der ganze Vernichtungsapparat der Nazis erst sichtbar. Von all diesen Lagern habe ich, Stand heute, gut 350 fotografiert.

Was war der ergreifendste Eindruck?

Ganz maßgeblich berührt haben mich die Gedenkstätten der Vernichtungslager in Polen. In Auschwitz war ich versucht, die Reaktionen der Besucher auf Fotos festzuhalten. Da wird viel gepostet, da werden Selfies gemacht und so weiter. Dann habe ich in der ehemaligen Gaskammer des Stammlagers meine Kamera aufgebaut. Anschließend kam eine chinesische Besuchergruppe hinein, die alle eifrig mit den Handys fotografierten – wie geschaffen für einen zynischen Blick auf KZ-Touristen. Und dann fiel eine der Besucherinnen auf die Knie und hat gebetet. Alle anderen erstarrten in einer tiefen Andacht und schwiegen. Das war für mich der Punkt, an dem es zum Tabu wurde, Menschen dort zu fotografieren, weil ich erkannte, dass man tatsächlich nicht ermessen kann, was diese Stätten mit den Besuchern machen.

Welche Position soll das Projekt im Erinnerungsdiskurs einnehmen?

Im Moment findet eine Zeitenwende statt, weil die letzten Zeitzeugen altersbedingt versterben. Ich könnte mir vorstellen, dass eine andere Form der Erinnerung an die Stelle der Erzählungen aus erster Hand tritt. Dazu könnten diese Bilder einen Beitrag liefern. Außerdem könnten sie eine Art Markierung darstellen, die verdeutlicht, dass das Vergessen durchbrochen ist. Mir persönlich ist die gesellschaftliche Verwobenheit erst durch die Arbeit mit den Außenlagern deutlich geworden. Mein Blick auf den Nationalsozialismus und auf die Struktur seines Vernichtungs- und Verwertungssystems ist nun differenzierter.

Die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg präsentiert Viertelböcks Fotos der Außenlager des ehemaligen KZs Flossenbürg sowie ausgewählte weitere Motive der Serie vom 23. Juli bis 6. Oktober im Rahmen der Ausstellung „Strukturen der Vernichtung“. Weitere Stationen sind angedacht.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Ulrich Schneider (Generalsekretär),

Sekretariat: Internationale Föderation der Widerstandskämpfer - Bund der Antifaschisten (FIR), Magdalenenstr. 19, D - 10365 Berlin, Fon +49 (0)30 55 57 90 83 - 4, Fax +49 (0)30 55 57 90 83 - 9, E-Mail: office@fir.at, Internet www.fir.at

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen zum «Botschafter des Friedens» ernannt. Sie besitzt NGO-Status bei der UNESCO, Paris, der ständigen Kommission der UNO, Genf, und dem Europarat, Strasbourg.

Kontoverbindung: Postbank Berlin (BLZ 10010010), Kontonummer: 543 054 107, Kontoinhaber FIR,

IBAN DE 04 1001 0010 0543 0541 07 SWIFT-BIC: PBNKDEFF